

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei steter Zahlung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühren monatlich 2,50 M., bei Bestellung außer Reichsbank 4,00 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verantwortlicher: Kurt Roden 2003 und 2006.

Inhaltsstoffe: Die abgesetzte Postanweisung über den Betrag 10 Pf., „Meine Tageszeitung“ des Verlegers Wert 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Lesungszuschlag 10 Pf., die Familien- und Vereinstammungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Inversteht für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition angegeben sein.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19.
Verantwortlicher: Kurt Roden 2768.

FREIHEIT

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Haftentlassung Däumigs.

Des Justizministers Heine letzter Streich.

Die Befreiung des Genossen Däumig.

Justizminister Heine hat am 10. Januar den ihm verhafteten Genossen Ledebour verhaften lassen. Damit nicht genug. Er war es, der am 15. März auch die Verhaftung des Genossen Däumig durchsetzte. Formell liegt in beiden Fällen ein Haftbefehl des Untersuchungsrichters vor. Aber in beiden Fällen gingen dem Erlaß des Haftbefehls Besprechungen im Justizministerium voraus.

Angeblich wurde Däumig seit dem 15. März in Berlin gefoltert. Die fündige Polizei Eugen Ernst fand ihn nicht. Auch heute noch beobachteten Polizeispäher das Haus des Vollzugsrats. Sie wußten noch nicht, was in allen Morgenzeitungen zu lesen war, daß Däumig bereits gestern verhaftet war.

Genosse Däumig wird beschuldigt, zusammen mit Ledebour die Januar-Unruhen organisiert zu haben. Wegen dieser Beschuldigung war bereits im Januar ein Verfahren gegen Däumig eingeleitet worden. Damals ergab sich, daß er eine strafbare Handlung nicht begangen hatte, und das Verfahren war daher im Februar eingestellt worden.

Ende März plötzlich, unmittelbar vor dem Rätekongreß, wird Däumig, nachdem er zum Vertreter der Berliner Arbeiter auf diesem Kongreß gewählt war, verhaftet. Heine fürchtete den Gegner und sein Wirken. Dieser Gegner sollte unschädlich gemacht werden.

Aber der Streich ist mißlungen! Däumig mußte bereits am Montag entlassen werden.

Genosse Kurt Rosenfeld beantragte als Verteidiger Däumigs die Aufhebung des Haftbefehls, weil Däumig nicht nur nicht die Januar-Unruhen herbeigeführt, sondern sie sogar zu verhindern gesucht hat. Der Verteidiger verlangte und setzte durch, daß die Mitglieder des Vollzugsrats sofort vernommen wurden. Nicht nur Richard Müller, sondern auch Mollenhuth und Büchel und sogar der Demokrat Flügel bestätigten die Angaben des Verteidigers. Die ganze Unsinnsigkeit der Anklage trat klar zutage.

Eine Abordnung des Vollzugsrats, bestehend aus Richard Müller, Mollenhuth, Büchel und Flügel begab sich am Montag zu dem Staatsanwaltsschafstrot Weismann und erklärte ihm, daß ein Generalfreistreich unausbleiblich sei, wenn Däumig nicht noch am gleichen Tage aus der Haft entlassen würde. Darauf fand eine Besprechung im Justizministerium statt. Heine ist nicht mehr Justizminister. Es ist daher kein Wunder, wenn nach dieser Besprechung der Haftbefehl aufgehoben wurde.

Schon nachmittags hatten wir die Freude, Genossen Däumig wieder in der Freiheit begrüßen zu können.

Aber ebenso grundlos sitzen Genosse Ledebour und die anderen politischen „Verbrecher“ im Gefängnis! Heraus mit den politischen Gefangenen aus den Gefängnissen!

Die Maßnahmen des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat hielt heute eine außerordentliche Sitzung ab, in der er sich ausschließlich mit der Befreiung des Genossen Däumig beschäftigte. Schon am Sonntag, sofort nach der Verhaftung, sind bereits von den Genossen Richard Müller und Dr. Rosenfeld Schritte unternommen worden, um die Freilassung des Genossen Däumig zu bewirken. Der Vollzugsrat war sich vollkommen einig, daß alle nur denkbaren Schritte unternommen werden müssen, um die Freilassung des Genossen Däumig zu bewirken. Weiter wurde zur Sprache gebracht, daß mit den verschiedenen Betrieben fortgesetzt um Austausch gebeten wird, was für Schritte vom Vollzugsrat unternommen werden sollen, um diesen Schlag gegen die Freiheit zu parieren.

So, den A. E. G.-Werken erschien eine Kommission, die dem folgenden Resolution unterbreitete:

„Wir fordern im Betriebe versammelten Arbeiterräte, Ausschüsse und Funktionäre beider sozialistischen Parteien zu protestieren auf das Entschiedenste gegen die Verhaftung des Genossen Däumig und verlangen dessen sofortige

Freilassung. Sie verpflichten sich, falls ihrem einmütigen Wunsch nicht umgehend stattgegeben wird, an die Gesamtkollegenchaft zu appellieren.“

Weitere Resolutionen gleichen Inhalts sind aus anderen Betrieben eingegangen. Der Vollzugsrat wählte eine Kommission, die sofort mit dem Staatsanwalt über die Freilassung des Genossen Däumig verhandeln soll. Weiter wurde beschlossen, zum Mittwoch, den 2. April, eine Vollversammlung der Arbeiterräte einzuberufen, die, falls der Gen. Däumig bis dahin nicht freigelassen ist, hierzu Stellung nehmen wird. Bis dahin soll die Arbeiterschaft in den Betrieben bleiben und sich durch nichts beirren lassen. Der Vollversammlung wird es überlassen sein, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Protest gegen die Verhaftungen.

Die Verhaftung des Genossen Däumig hat auf die Berliner Arbeiterschaft äußerst provozierend gewirkt. Die meisten Großbetriebe hoben im Laufe des gestrigen Tages Versammlungen abgehalten und gegen die Verhaftung energisch protestiert. Allgemein wird in den angenommenen Resolutionen auch die sofortige Freilassung des Genossen Ledebour und der übrigen politischen Gefangenen gefordert. Die Resolutionen zeigen den entschlossenen Willen der Arbeiter, sich die dauernden Provokationen unter keinen Umständen länger gefallen zu lassen. Auch die rechtlosigsten Arbeiter haben für die Resolutionen gestimmt. Die Wiedergabe der Resolutionen erübrigt sich nach der Freilassung des Genossen Däumig. Es waren uns und Resolutionen von folgenden Betrieben zugegangen:

A. E. G. Brunnenstraße, A. E. G. Apparatenfabrik, Siemens-Langern, Artilleriewerkstatt Spandau-Süd, Telefonfabrik 3. Berliner, Stof-Motorsflug A. G., Daimler, R. Stod u. Co., Berner, Bekleidungsindustrieamt des Gardekorps, Brandversammlung der Wicker Groß-Berlins.

Zwei sozialistische Feiertage in Sachsen.

Dresden, 31. März.

Die sächsische Volkstammer nahm in ihrer heutigen Nachmittagsitzung gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien einen Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen an, den 1. Mai und den 9. November für gesetzliche Feiertage zu erklären. Ferner wurde folgender Zusatzantrag angenommen: Die Regierung des Freistaates Sachsen möge bei der Regierung der deutschen Republik dahin wirken, daß der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Ruhetage für das Gebiet der deutschen Republik festgelegt werden.

Die Streifbrechergarde tritt in Tätigkeit.

In Finsterwalde sind die Beamten der Metallwarenfabrik Reich A. G. wegen Lohnhöhen in den Ausstand getreten. Die Arbeiterschaft unterstützte die Forderungen der Angestellten durch einen Sympathiestreik. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division schickte daraufhin den süßen Plan, 1000 Streifbrecher nach Finsterwalde zu schicken, um den Streik zu erdrosseln. Die unangeheure Gefahr, die durch dieses herausfordernde Vorgehen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division heraufbeschworen wurde, konnte durch folgendes Telegramm des Landrats von Kalau-Ludau an den Regierungspräsidenten verhindert werden:

Telegramm.

Kaufm. 27. 3. 19. 9.40 Uhr. Amt Charlottenburg, Zeitung 8. C. c. ss. Ludau, 40/38, 27. 3. 4. M. u.

„Garde-Kavallerie-Schützen-Division hat Magistrat Finsterwalde mitgeteilt, daß 1000 Mann zur Streikunterbrechung nach Finsterwalde entsandt werden sollen. Ich bitte Entsendung verhindern, da Streik bisher in voller Ordnung verläuft und Militärschicksal nur zu Unruhen führen würde.“ Landrat.

Hier ist also klar erwiesen, daß die uniformierte Streifbrechergarde nicht zur Verhinderung „wilder Streiks“ gebildet wird, sondern daß sie überall dort in Tätigkeit treten soll, wo Arbeiter und Angestellte um ihre Existenz kämpfen. Jede Lohnbewegung droht hierdurch in einem Blutbad erstickt zu werden. Die Arbeiterschaft muß sich des Ernstes dieser Sachlage voll bewußt werden. Die Nebenregierung im Edenhotel ist heute nicht nur zu einer politischen, sondern auch zu einer wirtschaftlichen Gefahr geworden.

Zeitfreiwillige Ingenieure.

Von E. Aufhäuser.

Am 17. November haben im Zirkus Busch und in einer Massenversammlung auf dem Platz vor dem Dom zusammen etwa 20 000 Privatangestellte ihr Bekenntnis für die soziale Revolution abgelegt. Mit leidenschaftlicher Begeisterung äußerte sich damals der Wille zur unbedingten Solidarität aller Kopf- und Handarbeiter. In der Praxis mußte sich vor allem in den Industriebetrieben zeigen, ob die Kopfarbeiter bereit sind, alle Konsequenzen aus jener Kundgebung zu ziehen. In der Tat hat sich inzwischen in vielen Betrieben ein inniges Zusammenarbeiten der Angestellten- und Arbeiterausschüsse ergeben. Es darf dabei nicht verschwiegen werden, daß freilich hier und dort auch bei den Handarbeitern ein gewisses Mißtrauen gegen die Angestellten noch nicht überwunden ist, das dem Zusammenwirken hinderlich ist. Ein Teil der Demonstranten vom 17. November ist aber auch offenbar unter dem noch nicht ganz gebrochenen Einfluß der Harmonieniederbünde und von Regierungsseite selbst betriebenen oder gebilligten Streik gegen die radikalen Strömungen in der Arbeiterschaft von dem Genossen mit der schwierigen Faust wiederum abgerückt. Wir haben auch in Berlin noch Angestellte, die sich in den ersten Tagen des März für den Bürgerstreik begeistern konnten, und wir haben es kürzlich erlebt, daß anlässlich des Generalstreiks im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ein Beamtenstreik injeniert wurde, nachdem bereits willigen der Regierung und den streikenden Bergarbeitern eine völlige Verständigung zur Beilegung des Generalstreiks stattgefunden hatte. Auch in Düsseldorf und an anderen Orten ließen sich Gruppen von Angestellten in ähnlicher Weise als Unternehmerhulustruppe gegen die aufstrebende Arbeiterschaft mißbrauchen. Wenn man weiter zugehen muß, daß auch bei dem Berliner Generalstreik ein Teil der Industrieangestellten hinsichtlich der Solidarität versagt hat, so dürfte es im Interesse der weiteren revolutionären Entwicklung die Bedeutung dieser Vorgänge und die auf demselben Gebiete liegenden weiteren Gefahren zu besprechen.

Der Gouverneur von Berlin hat in diesen Tagen im weiser Vorlicht zur Abwägung kommender Streiks zur Wahrung einer Streifbrechergarde ausgerufen. Dabei heißt es wörtlich:

„Alle Arbeiter, Techniker oder Ingenieure, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen wollen, um die Kranken und Säuglinge, sowie die eigene Familie vor bevorstehenden Gefahren zu bewahren, werden aufgerufen, sich als Zeitfreiwillige der technischen Abteilung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zur Verfügung zu stellen, um im Falle eines gewerkschaftlich nicht genehmigten wilden Streiks in den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken unter militärischem Schutz in den Stunden der Gefahr diese lebenswichtigen Betriebe aufrecht zu erhalten.“

Da schon bei dem Generalstreik versucht worden ist, die Studierenden der technischen Hochschule zu Streifbrecherdiensten heranzuziehen, so liegt die Annahme nahe, daß sich auch der vorstehende Aufruf ganz besonders an die technischen Angestellten richtet. Die ungenügende Kenntnis über die tatsächlichen Vorgänge beim Generalstreik und die mangelnde Massenerkenntnis in einem Teil der Angestelltenchaft werden benutzt, um nach bekanntem Muster der wilhelminischen Zeit die Ingenieure und Techniker vom Werkstatthandwerker zu trennen. Es wird dabei verschwiegen, daß der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsstreik erst zur Anwendung gebracht werden sollte, als einige Führer der Mehrheitssozialisten und vor allem der „Vorwärts“ zur Durchföhrung der vom Arbeiterrat Groß-Berlins gefassten Streikbeschlüsse und damit zur Sabotage des Generalstreiks selbst angefordert hatten. Die fürsorglichen Hüter der Kranken und Säuglinge waren es also, die im Augenblick der denkbar größten Erregung Del ins Feuer geschossen haben. Die ganze Stimmungsmache in dem Aufruf Schwöbflins, wie sie in diesen Tagen auch mit illustrierten widerlichen Flugblättern betrieben worden ist, sollte unsere Ingenieure und Techniker deshalb nicht davon abhalten, die revolutionsfeindliche Bedeutung der Zeitfreiwilligen-Abteilung zu erkennen. Sie dürfen sich nicht dazu verleiten lassen, im weiteren Verlauf der Revolution den Stoftrupp gegen die Masse der denkenden Arbeiter zu bilden. Der internationale Ausbau der

Garde-Schützen-Division bürgt dafür, daß es sich nicht nur um die Aufrichterhaltung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke handelt, sondern um die Schaffung einer allgemeinen Truppe von Arbeitwilligen.

Die Diskussionen über die Streiks haben so in letzter Zeit oft genug gezeigt, daß man am liebsten zur Behebung aller Streiks einen Arbeitswona einführen möchte. Da das nicht geht, so wird umgekehrt die Streikfabrikation organisiert. Wer bürgt denn den technischen Anzustellen dafür, daß diese Garde-Kavallerie-Schützen-Divisions-Streikbrecher-Mittel nicht auch dann in den Dienst der „Allgemeinheit“ gestellt wird, wenn die angestellten Ingenieure und Techniker selbst aemittiert sind, in den Streik zu treten? In den nächsten Tagen kann sich beistimmende in der Berliner Metallindustrie aus Anlaß der absehbenden Lösung der Unternehmer die Lage bei den Tarifverhandlungen derart verschärfen, daß ein allgemeiner Streik der Industrieangestellten in unmittelbarer Nähe aerückt ist. Es werden sich vielleicht auch dann Anzustellenverbände finden die den Streik nicht aemittieren“ so daß die technische Abteilung der Garde-Schützen unter militärischem Schutze „ihre Gewerbe“ tätigen kann.

Die Anzustellen müssen sich auch bewußt sein, daß die militärische Umfassung des Ruhrgebietes nicht daran ändert, daß es sich um einen aemittierten Streikbrennpunkt handelt, der, wenn sich in Berlin einige tausend technische Anzustellen dafür finden sollten, auch in rein gewerkschaftlicher Hinsicht eine gefährlich demoralisierende Wirkung ausüben müßte. Wenn sich bisher Anzustellenverbände vom politischen Generalstreik ferngehalten haben, so halte ich das für bedauerlich; sobald sie aber der kämpfenden Arbeiterkraft in den Rücken fallen würden, so wäre damit ein schwerer Rückschlag für die Anzustellenbewegung selbst erfolgt.

Gerade die Ingenieure und Techniker haben bisher den Ertrag ihrer schöpferischen technischen Arbeit dem kapitalistischen Unternehmertum abstrahiert und sich selbst mit unwürdigem Lohn abfinden müssen. Sie werden nur im sozialistischen Wirtschaftssystem auch als Persönlichkeit zur Geltung kommen können. Die Sozialisierung der Industrie sollte in erster Linie mit dem Wert der technischen Kovarbeiter sein; sie sind im neuen Deutschland zur Führung unserer Produktion berufen.

An ihrer Sehnsucht nach Licht, Freiheit und Arbeitstunde haben die Techniker aber nur einen Beamer — das Kapital — und nur einen Bundesgenossen — den Arbeiter. Man müßte an unserer Technikerkraft veraweilern, wenn sie anachronistisch dieser ökonomischen Taten den Arbeitern, d. h. den politischen Vorkämpfern einer neuen sozialistischen Wirtschaft, als Helfer der kapitalistischen Wodababer entgegengetreten wollten. Den Vorkämpfern der revolutionären Arbeiter können selbstverständlich auch GMD irrealisierte Techniker nicht aushalten. Wohl aber müßte die zu entlassende Kraft wählenden Kopf- und Handarbeitern das für die Sozialisierung so notwendige gegenwertige Vertrauen dieser beiden Faktoren auf schwerste erdhitern, nicht zuletzt zum Schaden der Ingenieure und Techniker selbst.

Für die Kauten des Herrn Schöpplin sollten die Berliner Ingenieure und Techniker nur eine Antwort haben: „Hier ist die Lüre.“

Generalstreik in Württemberg.

Nach einer Meldung aus Stuttgart ist dort am Montag der allgemeine Kustand der Arbeiter ausgebrochen. Es ist möglich, daß die Verkündigung des Generalstreiks in Stuttgart zum Signal für die Ausdehnung des Massenaustrandes über ganz Württemberg wird. Der Telefonverkehr mit Stuttgart ist seit Montag morgen geiverrt, so daß eine direkte Verkündigung nur schwer möglich ist, zumal der Telegraphenverkehr anscheinend unter der Kontrolle der feindlichen Regierung steht. Ueber die Ursache der Bewegung ist heute soviel zu sagen, daß die Stuttgarter Arbeiterkassen schon seit geraumer Zeit mit der allgemeinen politischen Lage außerordentlich unzufrieden ist und daß sie durch besondere politische Handlungen aus schwerer gereizt wurde. Von den Unabhängigen Sozialdemokraten und auch von den Kommunisten wurden Versuche gemacht, um eine Einigung des gesamten württembergischen Professions auf revolutionärer sozialistischer Grundlag herzustellen. Die Scheiterten an dem Widerstande der rechtssozialistischen Führer, die sich so eng mit den Vertretern der Bourgeoisie verbunden haben, daß sie für den Sozialismus und für die besonderen Interessen der Arbeiterklasse nur noch geringes Interesse zeigen. Um der wachsenden Beweuna der revolutionären Arbeiterkraft noch in letzter Stunde einen Damm entgegenzusetzen, bestellte sich die bürokratisch-rechtssozialistische Regierung bei der Mehrheitspartei eine Anzahl von Forderungen, die sie auch teilweise bewilligte. Aber diese Forderungen enthielten noch nicht den kleinsten Teil dessen, was die Masse der Arbeiter verlangte. Die Aktion der Regierung und der Rechtssozialisten wurde sofort als ein Wankverstand erklärt, die Masse der Arbeiter ist nicht darauf eingegangen. Wie es scheint, hat in Stuttgart der Generalstreik mit voller Macht eingegriffen, keine Wirkung wurde dadurch noch verstärkt, daß die Bourgeoisie einen Gegenstreik inszenierte. — Bisher sind folgende Meldungen darüber eingelaufen:

Stuttgart, 31. März.

Der schon lange angekündigte, aber immer wieder aufgeschobene allgemeine Ausbruch ist heute ausgebrochen. Um 9 Uhr letzten in Stuttgart die Arbeiter der Firma Bosch u. Eisenmann, in Uaerlückheim die Arbeiter der Daimler-Werke die Arbeit nieder. Viele gegen es vor, nach Stuttgart zu gehen, während andere sich auf dem räumlichen Blögen der Stadt, die Kommunisten Arbeiter auf dem Cannstatter Blasen sich versammelten und durch ihre Redner folgende Forderungen aussprachen:

1. Freilassung der politischen Inhaftierten.
2. Aufhebung des Belagerungszustandes und des Verbots von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel.
3. Einstellung der anlässlich des Januar-Streiks gemachten Genossen.
4. Sofortige Annahme der 4. und 5. März auf revolutionärer Grundlage.

Am 10 Uhr vormittags ist, wie man hört, der Telefonverkehr in einem Umkreis von 50 Kilometern und in Stuttgart selbst gestoppt worden. Gegen Mittag hat auch der Eisenbahnbetrieb aufgehört. Im übrigen herrscht in den Straßen Stuttgarts ein sehr lebhafter Verkehr, der sich aber bis jetzt in ruhigen Bahnen bewegt. Bei der Lebensmittel-

geschäften vor allem den Metzger- und Bäckereien bildeten sich in den frühen Stunden wieder lange Reihen Kauflustiger. Viele Läden sind geschlossen. In den städtischen und staatlichen Betrieben, bei der Post und der Eisenbahn wird gearbeitet. Wasserleitung und Gasanhalten sind im Betriebe.

Stuttgart, 31. März.

Infolge des heute verkündeten Generalstreiks der Arbeiterschaft hat der Geschäftsbetrieb der Bürgerschaft eingest. Die meisten Geschäfte sind geschlossen, der Eisenbahn- und Postbetrieb ist eingestellt. Seit 4 Uhr ist die Stadt auch ohne Gas und elektrisches Licht; das Wasserwerk arbeitet noch.

Die Streiklage im Ruhrrevier.

Noch vor dem 1. April, dem Tage der Ausführung des Streikbeschlusses der Konferenz der revolutionären Bergarbeiter, ist im Ruhrrevier die Ausstandsbewegung aufgeflammt. Nach allen Meldungen von dort hat eine gewaltige Welle der Unzufriedenheit die Bergarbeiter ebenso wie die Eisen- und Gürtelarbeiter erfaßt. Wenn es nicht bald gelinkt, eine Verständigung herbeizuführen, so kann dieser Streik die schwersten Folgen für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, besonders aber für die Lebensmittelversorgung Deutschlands nach sich ziehen. Von der rheinisch-westfälischen Kohle ist der weitestaus größte Teil der deutschen Wirtschaft, ist fast das gesamte Transportwesen Deutschlands abhängig. Wird die Versorgung der Industriegebiete mit Kohlen unterbunden, können die Lokomotiven nicht aemittend Feuerungsmaterial erhalten, so drohen die größten Gefahren für das ganze Land. Und da die von der Entente versprochenen Lebensmittel zu einem Teil mit den aus Deutschland auszuführenden Kohlen, zu denen in erster Reihe die Kohle gehört, bezahlt werden müssen, so ist eine Störung in der Einfuhr zu erwarten, sobald die Einfuhr von Kohle nach dem Auslande unterbunden wird.

Das weiß die Regierung. Was aber tat sie, um diese Gefahren noch zu rechter Zeit abzuwenden? Quers ließ sie durch ihre Verhättern die Nachricht verbreiten, daß die Sozialisierung des Verabaus sofort durchgeföhrt werden sollte, und daß damit alle Wünsche der Bergarbeiter in Erfüllung gehen würden. In Wirklichkeit war die Vorgabe der Regierung in der Kohlenfrage noch immer nicht die Erfüllung dessen, was die Bergarbeiter des Ruhrreviers verlangt hatten. Und deshalb war nicht zu erwarten, als noch der Beendigung des vorianen Streiks im Ruhrrevier die Regierung behaupten ließ, nunmehr werde es keine Wiederholung des Streiks mehr geben, die Arbeiter würden sich mit dem zufriedengeben, was ihnen die Regierung zu geben geneigt sei. Die neue Beweuna zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Bergarbeiterkraft des Ruhrbeckens nicht daran denkt, sich mit der Bettelstuppe aus der weimarischen Regierungslücke abspalten zu lassen.

Von einem Verständigungsversuch hört man jetzt nicht das mindeste, dagegen werden genau so wie in den jüngst vergangenen Berliner Bluttagen die schaurigsten Meldungen über angebliche Schandaten der Spartakisten verbreitet. Es soll wieder der Glaube im bonetten Bürgertum erweckt werden, als handele es sich im Ruhrrevier nur um terroristische Akte einiger Spartakisten, als sei die große Masse der Bergarbeiter außerordentlich zufrieden mit den bisherigen Zuständen und sie würden nur von den schamlosen Spartakisten gewaltiam um Streik gedrängt. Die Führung in dieser neuen Lügenkampagne übernimmt natürlich der K o n g r e s s i e r von den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten. Es ist heute möglich, diesen Vudben gleich im Anjange seiner Schwandeltätigkeit zu überführen. Die Abendausgabe des „Berliner Tageblatts“ und der „Berliner Volkszeitung“ geben übereinstimmend eine Meldung der Berliner Politischen Nachrichten wieder, in der folgende Stelle vorkommt:

In einigen Betrieben wurde Sabotage verübt. So ist ein Hochzeitszug gerichtet worden, dessen Wiederherstellung acht bis zehn Monate dauern wird. Man befürchtet die Sabotierung an anderen Hochzeits. In der Umgebung von Gaitrow ist die Lage kritisch. Es kam zu schweren Unruhen. Das Amtsbau wurde besetzt, die Polizeistation gestürmt. Die sozialistische Bewegung breitet sich immer mehr aus, und es gewinnt den Anschein, daß die ganze Bewegung von außen in das Industriegebiet hineingetragen wird.

Spartakus vertritt also nach dieser Meldung die gefährlichsten Taten. Spartakus verübt Sabotage an den Hochzeits. Spartakus beunruhigt wieder schwere Unruhen. Spartakus treibt es so schlimm, daß ein reaktionäres Regiment nur den einen Schluß ziehen kann: Kofke mit seinen Offizieren, mit seinen Kanonen, Maschinengewehren und Minenwerfern muß helfen! So hat der Vorkämpfer am Vormittag noch berichtet. In der Abendausgabe einer Korrespondenz daacars nun er unter Benutzung einer amtlichen Darstellung folgendes mitteilen:

Einer der größten Hochzeits des Hochzeits ist heute vormittag vollständig zu Ruhe gegangen, weil er nicht beladit wurde und durch die vielen Arbeitsunterbrechungen gestört wurde. Die Wiederherstellung erfordert 8-10 Monate. Es besteht die Befürchtung, daß in nächster Zeit bei mehreren Hochzeits ähnliches geschehen wird, wenn nicht die Arbeit rechtzeitig fortgesetzt wird.

Ein anständiger Mensch, selbst wenn er um wissenschaftlichen Reputationsverlust bedorben ist, würde in diesem Falle berichten, daß die Hochzeits von Spartakus nicht beladit worden seien, sondern daß sie nur infolge der mangelhaften Beladung, von der auch noch nicht ist, daß die Arbeiter allein, oder nicht vielmehr die Unternehmer daran schuld sind, vor der Gefahr des Einbruchs stehen. Der Vorkämpfer wird selbstverständlich diese Nachrichten nicht bringen. Aber wollen nicht gefälligst Berliner „Tageblatt“ und „Volkszeitung“ endlich einmal ein wenig ingrafisch bei der Uebernahme des sozialistischen Materials verfahren, zumal ihnen bekannt sein muß, welchen Charakter die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“ haben?

Bochum, 31. März.

Die Delegierten der Gewerkschaft „Scharnhorst“ und „Friedrich der Große“ in Berne sind heute in den Streik eingetreten, weil die Verwaltung für die von den Bergleuten eigenmächtig eingeföhrt Schichtenschnitt nicht den gleichen Lohn zahlen will wie für die stromenabwärtsgehenden. Die Werkstatt der Gewerkschaft „Friedrich der Große“ hat die Schichtenschnitt festgehalten und die um Wismut weiterzugeben, um die Entschädigung der Bergverwaltung abzuwarten, geordnen, als will man sich mit der Verlegung der Schichtenschnitt selbständig erklären.

Eine Delegiertenversammlung der Gewerkschaft „Julius“, in der die Beladung der Schichtenschnitt erörtert wurde

verlangte die Abfassung der Dornier Sicherheitswoche. Die Bergverwaltung soll diejenigen Bergleute, die bei der Sicherheitswoche Dienst tun, bei Androhung der Entlassung aufordern, bis zum 15. April zur Arbeit zurückzukehren. Einen Zuschuß darf die Bergverwaltung zur Unterstützung der Sicherheitswoche nicht mehr leisten.

Essen, 31. März.

Der Bergarbeiterausstand erfährt heute eine weitere Ausdehnung. Im Bezirk Dortmund sind zwanzig, im Bezirk Witten dreizehn und in Bochum elf Schichtanlagen ausständig. Im Bezirk Welsenkirchen ist die Verlegung der Gewerkschaft „Alma“ und im Bezirk Hücklinghausen die Verlegung der Gewerkschaft „Friedrich der Große“ neu ausständig. Die Gesamtzahl der Ausständigen beläuft sich in gestriger Morgen-, Mittag- und Nacht- und der heutigen Morgenschicht auf 52.100 gegen 33.900 gestern.

Keine Verhandlungen, aber eine neue Provokation.

Berlin, 31. März.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf an die Bergarbeiter für das Ruhrrevier:

Ueber den Kopf der berufenen Arbeitervertretungen hinweg hat eine „Delegiertenkonferenz der revolutionären Bergarbeiter“ den einen „Delegiertenkonferenz der revolutionären Bergarbeiter“ den einen. Die Forderungen, die dabei gestellt wurden, würden in ihrer Gesamtheit die deutsche Republik der politischen Anarchie und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch ausliefern. Wäre dieser Streik, der den Arbeitern nicht helfen soll, sondern die Allgemeinheit zerschüttern will, siegreich, so würde das bedeuten: Vernichtung der Kohlenförderung durch Schichtenschnitt und Annullierung der Lohn- und Stillelegungen aller Industriellen, die auf Kohle auszuföhren sind; Stillelegung aller Industriellen, die auf Kohle auszuföhren sind; Stillelegung der endlich zugeständerten Lebensmittelzufuhr, die mit Industrieerzeugnissen und Kohlenzufuhr bezahlt werden muß. Die Regierung, die solche Forderungen annehmen würde, wäre die Toengräberin der Republik, des Volkes und der Freiheit. Die Reichsregierung hält nach wie vor fest an den Vereinbarungen, die sie seit Februar mit den Bergarbeitern getroffen hat: Arbeiter- und Bergarbeiter, durch die allein die Arbeiterschaft in der Produktionsprozess hineingeföhrt und zur gleichberechtigten Mitbestimmung und Mitarbeit hineingezogen werden kann. Dazu das Sozialistengesetz im Zusammenhang mit der Sozialisierung des Kohlenhandels und schließlich die Einführung der 7 1/2-Stundenschicht. Da keine Politik, keine Verwaltung, keine Erneuerung mehr möglich ist, wenn solche grundsätzlichen Forderungen nach wenigen Tagen und Wochen amgeworfen und durch unmögliche und übertriebene Forderungen gegenstandslos gemacht werden, hat die Reichsregierung in Erfüllung ihrer heiligsten Pflicht, Reich und Volk zu retten, zusammen mit der preussischen Regierung folgende Beschlüsse geföhrt:

Die Regierungstruppen rücken in das Ruhrrevier ein, um die Arbeiter und die Betriebsanlagen vor dem Terrorismus zu schützen. Der Reichsberghauptmann wird entsprechend den dringlichen Forderungen der Arbeiter in das Streikgebiet sein Haupt der eingeföhrt Lebensmittel abliefern lassen. Der Reichsberghauptmann wird keinerlei Bezahlung für Streikschichten gewähren. Dagegen soll den Arbeitern der Gewerkschaft, auf denen nach der 7 1/2-Stundenschicht geföhrt wird, eine besonders schwere Arbeitserleichterung, steigend mit dem Förderquantum, bereitgestellt werden. Die Reichsregierung muß unter Null am Leben erhalten. Sie darf die Republik nicht dem tödlichen Terror durch eine Gewalta und einen Stand ausliefern. Ueber sie den, der arbeitet! Nicht für den, der frei streikt! Sonst gibt es für Deutschland keine Rettung mehr.

Die Reichsregierung:

Scheidemann, Schiffer, Bauer, Foh, Dautz, Grabner, Gohls, Landberg, Roste, Tusch, Wille, Reich, Reinhardt.

Dieser Aufruf muß im jetzigen Augenblick wie ein Pfeil auf die Bergarbeiter im Ruhrrevier wirken. Er atmet den Geist Kofkes, er wiederholt alles, was schon die arbeitserfreundliche Presse gegen die Forderungen der Bergleute vorgebracht hat. Von dem Veruch einer Verständigung ist überhaupt nicht die Rede; dafür wird der Einsatz der Weissen Gardes angekündigt, wird die Hungerpolitik gegen das ganze Revier gedroht.

Gewalt und wieder die sozialistische Regierung.

Ist die Regierung wirklich so kurzsichtig, zu glauben, daß sie mit dieser Gewaltpolitik die Ordnung bei den Bergarbeitern beibehalten kann, die erst durch ihr Verhalten in Frage der Sozialisierung und der Arbeiterräte entstanden ist?

Schubhütten die Träger des 5. November.

Durch die Verhängung des Belagerungszustandes am 4. März autorisierte Kofke die gegenrevolutionäre Offizierskommission. In den politischen Verhältnissen, die schon vorher in gefährlichem Umfang, ohne besondere Ermächtigung von den Agenten geheimer Spionageorganisationen im Generalstab und der Kommandantur „Leutnant Bürgel“, Bischoffsweil u. F. H. L. u. a. vorgenommen worden waren. Wir erinnern an die Verhaftung Ledebours und Heyers im Januar, an den Veruch, Richard Müller zu verhaften.

Welche Gründe für die Verhaftungen dabei maßgebend waren und sind, lehret folgende Tatsache. Am 4. März, morgens wurde Dr. Ernst Meyer aus dem Bette in seiner Wohnung von Offizieren und Soldaten verhaftet — selbstverständlich, ohne daß ihm gesagt wurde, von wem und weshalb diese Maßnahme angeordnet worden sei. Erst am vierten Tage der Haft (also zwei Tage später, als im Schubhütten verhaftet) wurde ihm eröffnet, daß die Brigade Reinhardt die Schubhütten verhängt habe, da Meyer leitendes Mitglied der kommunistischen Partei sei. Die von dem Rechtsanwalt Benno Dr. Theodor Fieblnrecht bei dem Reichsmilitärgericht sofort eingereichte Reichsverweide, hat aber zunächst nur zur Folge gehabt, daß Meyer drei Wochen später einen neuen Schubhütten erhielt. Das Reichsmilitärgericht hatte nämlich festgestellt, daß die Brigade Reinhardt überhaupt gar nicht das Recht habe, Schubhütten zu erlassen. Der neue „Ordnungsbefehl“ vom Generalkommando Püttim mit angehängte Schubhüttenbefehl stellt nun ausdrücklich und wörtlich fest, daß Meyer nicht nachzuweisen sei, daß er zu Schubhütten auch nur aufgefordert habe (in Wirklich-

Zeit hat die S. B. D. anlässlich des Streits von bewaffneten Aufständigen abgeraten), aber die Schuchhoff sei begründet, weil Meyer zusammen mit Karl Liebknecht ein Flugblatt unterzeichnet habe.

Dieses Flugblatt für die Verhaftung im März als Begründung herangezogen wird, muß schon seitdem anmuten, da Karl Liebknecht seit mehr als zwei Monaten tot ist. Das Flugblatt stammt in Wirklichkeit aus der Zeit vor dem 9. November und fordert — zum Sturz der Hohenzollernadmonie auf! Die gegenrevolutionäre Offizierskamarilla verfolgt aber jetzt bereits ganz offen mit Hilfe Roskes die Bestrebungen, durch die erst die Ebert-Scheidemann-Roske selbst aus Ruder gelangt sind! Deutlicher kann der Charakter des „Kampfes gegen Spartakus“ nicht illustriert werden.

Nicht weniger interessant ist, daß dieses Flugblatt vom Anfang November 1918 und Gegenstand eines staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens nach dem 9. November gewesen ist. In irgend einem staatsanwaltlichen Gehirn muß aber die Notiz bestanden haben, die Bestrebungen vor dem 9. November trotz ihrer Erfolge doch noch dem 9. November strafrechtlich zu verfolgen!

Ein halber Auktug.

H. T. B. meldet: Der Verlegung des Ministers des Innern vom 18. März über die Bildung von Einwohnern, wehren waren lediglich informativ, die vom Schwerverband deutscher Landwirtschaft ausgearbeiteten Richtlinien zur Aufstellung eines Landbuches als Anlage beigefügt worden. Dies hat zu dem Mißverständnis geführt, als ob diese Anlage eine amtliche Verfügung des Ministeriums wäre. Der Minister des Innern Heine hat für die sich von Tag zu Tag mehr als notwendig herausstellende Bildung von freiwilligen Schwabewehren gegen die zunehmende Unruhe in Stadt und Land, gegen das Anwachsen des Verbrechenums und namentlich gegen die neuerdings mehrfach vorkommenden Überfälle von Geiseln durch ganze bewaffnete Banden eine neue Anweisung erlassen, die den Behörden binnen kurzem zugehen wird.

Daß die vom Schwerverband Deutscher Landwirtschaft ausgearbeiteten Richtlinien für die Bildung des agrarischen Landbuches lediglich der Information dienen sollten, entspricht nicht den Tatsachen. Der Minister des Innern empfiehlt in seinem Erlaß an die Regierungspräsidenten vielmehr ausdrücklich, die Durchführung der betreffenden Richtlinien schleunigst in die Hand zu nehmen und dem Bevollmächtigten des Schwerverbandes „jede Unterstützung in der Durchführung des Landbuches zuteil werden zu lassen.“ Das ist keine Information, sondern eine unabweisbare Aufforderung zur Besorgung der Materie!

Ausdrucksaufträge gegen Hoste und Heine.

Zur „Arbeiterrot“ (Nr. 8) fordert das Mitglied der S. B. D. Eugen Ling die Einberufung eines Parteitag und den sofortigen Ausschluß von Heine und Roske aus der Partei der S. B. D. Seine Aufschrift hat folgenden Wortlaut:

- Einige Fragen an alle Parteigruppen, insbesondere des U. und S. W. der S. B. D.
- Programm der S. B. D. beschloßen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.
- 4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
- 8. Abschaffung der Todesstrafe.

Ohne über die Geseßlichkeit oder Ungeseßlichkeit der den rechts stehenden Worten und der dem Erlaß zugrunde liegenden Handlungen und als Folge vorgenommener Taten freieren zu wollen, möchte ich alle unbefangenen denkenden Parteigenossen fragen: „Sind die Punkte 4 und 8 des Erfurter Programms abgelehnt oder geändert worden?“

Wenn nicht, war ein Mann, der als Parteigenosse der S. B. D. als Vertreter dieses Programms in der Regierung ist? Punkte dieses Programms als für ihn nicht bestehend betrachtet?

Was er nicht, wenn seine — neugewonnenen! — Überzeugung ihm die Durchführung solcher Punkte als unmöglich erscheinen läßt, um nicht als Verräter oder Dulder zu gelten, sein Amt sofort niederzulegen bzw. aus der Partei auszuweichen und solchen Ämtern Platz machen, deren Wände an die Freizugsbewegung, welche der hohen Ziele ihrer Partei noch nicht erschöpfert ist?

Kann ein Mann, der nicht nur mit dem Erfurter Programm nicht einverstanden ist, sondern sogar von offiziellen Stelle dagegen spricht oder handelt, auch nur eine Stunde noch Parteigenosse bleiben? Wäre nicht das ganze Parteiprogramm nutzlos, wenn sich kein Gewisse mehr daran festhalten braucht?

Sind nicht früher viele, viele Menschen wegen weit geringerer Meinungsverschiedenheiten einfach aus der Partei ausgeschloßen worden?

Alle Parteigenossen, die auf Grund dieser wackelnden Tatkraft ohne Vorgesonnenheit vorliegende Fragen in meinem Sinne beantwortet, bitte ich dringend, in ihrem Kreise Entschuldigungen herbeizuführen zu wollen, welche die umgehende Einberufung eines einwandfrei gewählten Parteitages und die sofortige Ausschloßung solcher Leute verlangen, die öffentlich eigenmächtig, d. h. ohne Genehmigung der gesamten Partei (des Parteitages), gegen Punkte unseres Parteiprogramms reden oder handeln. Damit nicht möglicherweise Spindel oder Agenten anderer Parteirichtungen gar in Führerschaft der S. B. D. unsere Hoffnungen und Ziele vernichten können.

Ein hübsches Charakterbild Wolfgang Heines liefert Genosse O. Strödel in der „Weltbühne“. Er spricht von der selbstmörderischen Politik der Regierung und läßt dazu fort:

Der preussische Justizminister Heine ist doch ein Selbstmordkandidat. Mindestens als Sprecher und Vertreter seiner Partei. Denn persönlich steht er ja vielleicht dem alten Regiment näher als der ebrlichen Demokratie und dem marxistischen Sozialismus. Die uneingeschränkte Verteidigung, nein, Verherrlichung, die dieser sozialistische Minister der Rechtsprechung dem entscheidlichen Gewaltregiment unseres verpaukertem Militarismus widerfahren ließ, wäre selbst einem Verräter über Tullius kaum gefallen.

Niemals wurde selbst in der Ändere-Anstalt die Treue, Hoffen und blutigerer Ordnungsterror Kruppelhafter gerechtfertigt. Niemals errang ein preussischer Regierungsvorsteher durch kräftige Parteilichkeit den Beifall der geeinten Reaktion. Aber Herr Heine war seit je ein Sozialist eigener Prägung, bürgerliche Demokraten und Sozialisten, die sich im Privatgespräch über seinen vorzüglich geführten Nationalismus verwunderten. Über seinen vorzüglich geführten Nationalismus verwunderten, verlor er trotzdem in Schranken durch das hohe Geistes seiner schwarzweißen Familienabteilung. „Schließlich konnte ich doch aus einer preussischen Offiziers- und Beamtenfamilie.“ Die Herren Muehlen und H. B. Fischer, die Herr Heine vor Tage und Tag durch dies seltsame sozialistische Verblüffung werden sich dieses Diktums beim Lesen seiner Rede wieder erinnern haben. Der Herr Heines preussische Mentalität konnte und obendrein sein durchgängliches Temperament, brauchte sich also nicht zu wundern. Aber darum blieb es für die Wehrheitssozialisten eine Katastrophe, daß sie in solcher Situation gerade diesen Ungläubigen ins Feuer schickten.

Wir gehen vorwärts!

Hebet den Wert der sozialistischen Presse.

Der Parteitag der U. S. B. D. hat wohl bei allen Teilnehmern die Ueberzeugung gezeugt, daß unsere Partei bei zielbewusster, unermüdlicher Arbeit die Ideen des Sozialismus zum Siege führen kann. Die politische Macht des Proletariats, die Durchführung des Sozialismus sind keine Utopien mehr. Wir leben unter Ziel nahe vor uns, und wir wissen, daß wir es erreichen werden.

Freilich sind noch Hindernisse zu überwinden, und eines der größten ist die Unwissenheit vieler Tausender, die von dem Begriff des Sozialismus nur eine undeutliche oder eine falsche Vorstellung haben, weil die kapitalistische Presse sie täuschlich mit unwahren Verichten über unsere Politik und unsere Ziele füttert. Dieser gefährlichen Waise unserer Genossen müssen wir eine intensive Aufklärungsarbeit entgegenstellen. Die sozialistische Tagespresse, die Blätter der Unabhängigen Sozialdemokratie für Berlin.

die „Freiheit“.

muss in alle Kreise der werktätigen Bevölkerung getragen werden. Die Situation ist für die Unabhängige Sozialdemokratie düsterer als je, immer klarer wird es den Arbeitermassen, daß die Politik der Rechtssozialisten die Revolution auszuweiden richtet und der Sozialrevolution die Wege bereitet. Bei allen Gelegenheiten sei es sich, daß die Rechtssozialisten an Anhänger verlieren, daß dagegen die Unabhängige Sozialdemokratie unausgesetzt an Vertrauen gewinnt.

Wir schreiten kühnlich vorwärts!

Die „Freiheit“ hat bereits eine Auflage erreicht, wie es die Berliner Parteigenossen bei der Gründung ihres Blattes nicht im entferntesten erwarten konnten. Die Entwicklung arbeitet für uns. Aber wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen, wir müssen dafür sorgen, daß das Organ der größten Partei Berlins auch die größte Auflage aller politischen Blätter hat!

Über nicht nur die Zeitungen, die die Tagesereignisse vom grundsätzlichen sozialistischen Standpunkt aus beleuchten, sollten in jedem Arbeiterhaushalt zu finden sein, auch die vom Genossen Freilich herausgegebene wissenschaftliche Zeitschrift

„Der Sozialist“.

an dem die führenden Parteigenossen ständig mitarbeiten, sollte von all denen gelesen werden, die aus der eingehenden Erörterung der großen Probleme der Revolution und des Sozialismus sich das geistliche Rüstzeug für ihre agitatorische und organisatorische Arbeit holen wollen.

„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und kann zu dem Vierteljahrspreis von 5 Mark zusätzlich der Postgebühren bei der Post und bei dem Verlage, Berlin W. 15, Fasanenstr. 16, bezogen werden. Die sozialdemokratischen Vereine, die den Bezug für ihre Mitglieder übernehmen, erhalten besondere Vergünstigungen. Probenummern stellt der Verlag kostenlos zur Verfügung.

Silavio von Jedlig gekorben.

Der alte konstantinische Politiker Silavio Freiherr von Jedlig ist gestorben. Jedlig gehörte schon längst zu den politischen Toten. Sein Ableben brauchte jetzt nicht einmal registriert zu werden, wenn er nicht früher in der deutschen Politik eine wesentliche Rolle gespielt hätte. Er hat sich in der Hauptsache als Feind der Arbeiterbewegung betätigt, die „Post“ wurde unter seinem Einfluss das Hauptorgan für alle schwarzreaktionären Bestrebungen. In der letzten Zeit vor der Revolution schien er allerdings eingesehen zu haben, daß mit der bisherigen rückwärtigen Bestämpfung der Emigration der Arbeiterklasse keine ausdauernde Erfolge zu erzielen seien, da sich insbesondere die privilegierte Stellung der Braunkohlen- und Schotbarone in Preußen nicht mehr lange würden unangefochten erhalten lassen. Er versuchte deshalb mit einigen Jugendländern an die Forderungen der Arbeiterbewegung den Zusammenbruch des alten Systems solange wie möglich zu hintertreiben, und insbesondere in der preussischen Wahlkämpfe bemühte er sich, durch diplomatische Kunststücke einen Weg zu finden, der der Arbeiterklasse schändlich einen gewissen Einfluß auf die Verwaltung und Gesetzgebung in Preußen einzuräumen, in Wirklichkeit aber alles beim Alten lassen sollte. Der Zusammenbruch vom November begrub auch die Jedligsche Politik. Seit dieser Zeit hat man nur noch wenig von ihm gehört. Jedlig ist 78 Jahre alt geworden. Er war ursprünglich preussischer Verwaltungsbeamter, idem er sich in erfolgreicher Karriere zum Präsidenten der Provinzialverwaltung aufstufte, die er aber verließ, als er sich im Jahre 1899 der Opposition der „Rechtsradikalen“ gegen die Regierung anschloß. Von 1871 bis 1874 hat er dem deutschen Reichstag, von 1874 bis zum heutigen Tage dem preussischen Landtag angehört.

Regierung und Gegenrevolution.

Das Kriegsministerium beehrt uns mit folgender Berichtigung:

Zu den in Ihrer Zeitung veröffentlichten Artikeln „Regierung und Gegenrevolution“ (Nr. 148 vom 28. März 1919 und Nr. 153 vom 31. März 1919) teilt Ihnen das Kriegsministerium mit:

1. Das von Ihnen veröffentlichte „Dokument“, unterzeichnet Knörger, ist außerhalb des Kriegsministeriums und ohne dessen geringste Mitwirkung verfaßt.
2. Es sind keinerlei Verfügungen oder Anordnungen zur Durchführung der Vor schläge des Hauptmanns erlassen worden.
3. Die durch Abdruck erfolgte Bekanntgabe innerhalb des Hauses, die lediglich die Aufschrift trägt: „Zur Kenntnis des Reichstags“, entspricht den allgemeinen Geschäftsgebräuchen im Kriegsministerium. J. B.: Dobbert.

Diese Berichtigung ist vollkommen überflüssig, da wir ja den Wortlaut des Erlasses abgedruckt haben. Wenn das Kriegsministerium aber erklärt, der Abdruck sei nur zur Bekanntgabe innerhalb des Kriegsministeriums erfolgt, so ist dagegen doch zu sagen, daß es höchst bedächtig ist, wenn einem Schriftstück, dessen gegenrevolutionärer Charakter so unzweifelhaft ist, wie bei diesem, durch amtliche Verbreitung Bedeutung gegeben wird.

Das neue Ungarn.

Budapest, 31. März. Die ausländische Presse verbreitet die Nachricht, die revolutionäre Regierung habe Rumänien und Serbien den Krieg erklärt. Demgegenüber wurde das ungarische Korrespondenz-Büreau von magyarischer Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß eine solche Kriegserklärung nicht erfolgt sei und daß im Gegenteil das Bestreben der ungarischen Regierung wie bisher auch weiterhin darauf gerichtet ist, mit den Nachbarländern das allerbeste Verhältnis aufrechtzuerhalten.

Die neue Wohnungsverordnung für Budapest.

Die neue Wohnungsverordnung für Budapest und Umgebung bestimmt, daß jeder erwachsenen Person grundsätzlich höchstens ein Zimmer zusteht. Die schreckliche Wohnungsnot scheint durch diese Verordnung gelöst zu sein. Im Laufe des gestrigen und des heutigen Tages sind Hunderttausende von Armen in Wohnungen im Reichstagsgebiet, im Wollentiertel der Plutokratie usw. untergebracht worden. In den beschlagnahmten Räumen müssen die Möbel belassen werden.

Sonabend abend fand in sämtlichen Theatern in Budapest ein Rotter Soldaten-Abend statt. Vor der Aufführung sprachen Volkskommissare.

Auf Grund einer Verordnung der Rotterregierung sind Goldgegenstände, Juwelen und Edelsteine, deren gegenwärtiger Wert pro Stück 1000 Kronen übersteigt, an den Volkskommissar für soziale Produktion gegen Empfangs quittung abzuliefern. Der Gegenwert wird nicht zurückerstattet.

Billains Freisprechung.

Paris, 31. März.

Die sozialistischen Blätter tadeln die Freisprechung von Jacques Mörder. Die anderen Zeitungen beruhigen sich bei der Urteilsprechung „Tempo“ meint, eine Beurteilung zu irgendeiner Strafe würde mehr Verständnis gefunden haben; die Geschworenen hätten aber die politische Tragweite ihres Urteils erwoogen und befürchtet, daß eine Verurteilung als Rechtsfertigung der Parteipolitik ausgelegt werden könnte. „Journal des Debats“ weist u. a. darauf hin, daß der Mörder fünfjährige Haft von den Geschworenen mit berücksichtigt worden sei.

Auf einem Rotterbamer Telegramm der „Deutscher Tageszeitung“ ist der Mörder des Sozialistenführers Jaures, Billain, in Anbetracht seiner sehr beschränkten Zurechnungsfähigkeit freigesprochen worden. Er soll gottlobens einer Heilanstalt überwiesen werden.

Sozialdemokratische Mehrheit in Mecklenburg-Strelitz.

Neustrelitz, 31. März.

Die gestern vorgelegenen Wahlen zum ersten ordentlichen Landtag des Reichstaats Mecklenburg-Strelitz haben eine sozialdemokratische Mehrheit von einer Stimme ergeben, nämlich 18 von 19 Abgeordneten. Die Wahlen zum beschlussgebenden Landtag hatten Stimmgleichheit ergeben, und zwar 11 zu 11. Die sozialdemokratische Mehrheit zählte vorzugsweise auf den Stimmen der Landarbeiter der Rittergüter und Domänen, während die Städte überwiegend bürgerlich gewählt haben. Der Wahlkampf war diesmal durch ein Bündnis aller liberalen Richtungen mit den Konservativen gekennzeichnet.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wiegand, Neustrelitz. — Verlagsverwalter: „Freiheit“, z. B. m. b. H. Berlin. — Druck der Einbanderei und Verlagsbuchhandlung m. b. H. Schillhaus, domm 10.

Der letzte Augenblick!

Heute ist Zeichnungsschluss für die

Berliner Stadtanleihe von 1919,

also eilt zur Zeichnung!

Die Zustände im Gefängnis Lehrter Straße.

Die schaurigen Enthaltungen über die Mißhandlung und Ermordung von Gefangenen in den Gefängnissen Berlins durch die Kasse-Truppen haben die üblichen offiziellen Vertuschungsnotizen ausgelöst. Diesmal hat der neue Kommandant von Berlin, Herr Schöpflin, sich um Vertuschungsmaterial bemüht. In dem ehemaligen Justizhaus in der Lehrter Straße, dem jetzigen Zellengefängnis, hat er auch den Genossen Ledebour besucht. Er läßt darüber folgende Notiz verbreiten:

„Nach Herr Ledebour, dem ich in seiner Zelle einen Besuch abstattete, erklärte, keinerlei Anlaß zu Beschwerden über die Behandlung zu haben. Sein mir vorgelegener gemeinsamer Protest bezog sich auf die Verhaftung selbst und ihre Aufrechterhaltung, werauf ich ihm nur erwidern konnte, daß ich keinerlei Einfluß habe.“

Wir haben nun dem Genossen Ledebour die Frage vorgelegt, ob Herr Schöpflin die Unterredung zutreffend wiedergegeben habe. Ledebour hat unserem Gewährsmann gegenüber erklärt, daß die Schöpflinsche Darstellung falsch sei, da sie den entscheidenden Teil von Ledebours Ausführungen unterschlägt. Ledebour hat wie bei früheren Gelegenheiten auf die Frage, ob er sich zu beschweren habe, allerdings ausdrücklich erklärt, daß die Gefängnisverwaltung und die Beamten überhaupt sich durchaus korrekt benehmen. Seine Beschwerde gegen die Regierung bezog sich aber nicht, wie Herr Schöpflin es darstellte, auf die Verhaftung an sich und deren Aufrechterhaltung. Denn als Herr Schöpflin die Sache darauf hinauszuweisen suchte, mit der von ihm selbst zitierten Bemerkung, darauf habe er keinen Einfluß, erwiderte ihm Ledebour: „Bitte sehr, in der Gegenwart dieser Zeugen (es waren der Direktor und zwei fremde Herren mit Schöpflin gekommen; sie standen vor der offenen Tür) wünsche ich Protest dagegen einzulegen, daß ich in einer Reinhardt-Kaserne untergebracht bin, während sonstgelehi die Soldaten von außen gegen die politischen Gefangenen aufgehetzt werden.“

Herr Schöpflin hat darauf kein Wort mehr erwidert, sondern plötzlich ein lebhaftes Interesse für den Heizkörper betätigt und seiner Beschäftigung Ausdruck gegeben, daß nunmehr (am 5. März) war nämlich ein zweiter Heizkörper in der Zelle eingelebt worden) auch die Zelle hinreichend geheizt werden könne. Ledebour erwiderte nur, daß das doch jetzt völlig belanglos sei, worauf der Herr Kommandant sich plötzlich verabschiedete.

Es steht also fest, daß Ledebour gerade den Kern des Unrechts, die Zusammenlegung der politischen Gefangenen mit den Kasse-Truppen, sehr entschieden gerügt hat. Um so unerhörter ist es, daß Herr Schöpflin und seine Helfershelfer diese Unterredung unzulässigen suchen, um sie für ihre Vertuschungsbemühungen auszuschlachten.

Die Berliner Rettungaktion.

Täglich gehen uns neue Zuschriften über die Ermordung unschuldiger Personen durch die von der Regierung zum „Schutze der Ruhe und Ordnung“ aufgegebenen Soldaten zu. Es ist uns unmöglich, die Dokumente in allen Einzelheiten zu veröffentlichen. Die Berichte legen ein erschütterndes Zeugnis von den Untaten der Regierungstruppen ab. Wir geben nachstehend einige der wichtigsten Fälle von Grausamkeiten in gedrängter Form wieder. In all diesen Fällen handelt es sich nicht um eine Ausübung des Standrechtes, sondern um brutale Mordtaten, die in den von Blut berauschten Gehirnen der Soldateska entspringen sind.

Am 11. März wurde in der Wohnung des Handluchsfahrers Felix Pfeiffer, Grüner Weg 9, gehausucht. Der Mann stellte sich sofort dem Offizier zur Verfügung und sagte dem Leutnant, daß er zwei Seitengewehre im Hause habe. Die Wohnung wurde gründlich durchsucht, es wurde aber nichts gefunden. Zwei Flugblätter der U. S. P. D. veranlaßten den Leutnant zu dem Ausruf: „Was, ein Spartakist!“ Der Mann wurde verhaftet und im Schulhof Korxulst. 48 erschossen. Befannte sehen ihn dort als Toten liegen. Trotzdem ist es seiner Frau bis heute noch nicht gelungen, die Leiche zu finden. Sie ist beiseite geschafft worden.

Am 8. März, abends gegen 11 Uhr, verhafteten sechs Regierungssoldaten den 17jährigen Elupianer in der Wohnung seiner Eltern, Galisfadest. 83. Der Sohn hat an den Kämpfen nicht teilgenommen. Verdächtig wurde in der Wohnung nicht gefunden. Nach drei Tagen fanden die Eltern ihren Sohn im Leichenschauhause wieder. Er war seiner Kleider beraubt, das Gesicht war geschlagen und verkrüppelt; er hatte eine Schnittwunde an der linken Anleseite und eine klaffende Wunde am rechten Arm. Die Eltern sind über den Verlust ihres Sohnes auf das tiefste erschüttert.

Am 13. März wurde in der Hubenerstr. 6 der Ehemann Oringel verhaftet. Er gehörte der Republikanischen Soldatenwehr an, war aber seit acht Tagen entlassen und hat sich in keiner Weise an den Kämpfen beteiligt. Waffen wurden bei ihm nicht gefunden. Nach langem Suchen fand die Frau ihren Mann im Leichenschauhause als Toten wieder. Außer der Frau trauern drei verwaltete Kinder um ihren Vater. Schuhe und Geld sind dem Toten geraubt worden.

Der Matrose Georg Kempinski, der bis zum 7. März in Wilhelmshaven Militärdienst verrichtete, wurde am 9. März in der Wormannstraße erschossen. Der Schuh wurde aus einer Pistole von hinten abgeben. Der Matrose trug etwa 400 M. Geld bei sich, die er sich während seiner Militärdienst gelassen hatte. Das Geld ist ihm gestohlen worden. Er ist ohne Waffen aus dem Hause fortgegangen und hat sich an den Kämpfen nicht beteiligt. Die Mutter, deren Mann im Kriege gefallen ist, betrauert in dem ermordeten Sohn ihren einzigen Ernährer.

In der Remeler Straße wurde am 18. März in der Wohnung des Herrn Westphal gehausucht. Es wurde auf dem Boden ein Revolver gefunden, der aber der betreffenden Familie nicht gehörte. Trotzdem wurden Vater, Mutter und Sohn verhaftet und nach dem Ostbahnhof abgeführt. Nach der Vernehmung wurden Vater und Mutter freigelassen, der Sohn blieb zurück. Die Eltern erlaubten sich später nach seinem Verbleib, erhielten aber nirgends Auskunft. Schließlich fanden sie ihren Sohn im Krematorium in der Dietrichmeyerstraße als Leiche wieder. Der Tot hatte drei Kopfschüsse und einen Brustschuß. Außerdem war ihm der Hinterkopf eingeschlagen, der rechte Arm gebrochen, schließ sind ihm

die Weichteile herausgetreten. Der Ermordete hat an den Kämpfen nicht teilgenommen.

Frau Anna Kobanik, Kolonnenstr. 129, schreibt uns: Mein Mann begab sich am Dienstag, den 11. März, nach der Brandstifters Straße, und zwar ohne Waffen und in Zivil. Nachdem er Kassepapiere bei sich hatte, fand ich ihn erst nach langem Suchen am Freitag in der Halle des Leichenschauhauses wieder, nachdem man mir in der frühesten Art und Weise im Zellengefängnis in Roabit, wo ich meinen Mann gesucht hatte erklärt hatte, wenn derselbe hier nicht ist, dann wird er wohl im Schauhause liegen und sein Bett schon abgenommen haben. Daß mein Mann ohne jede Waffe ging, kann ich jederzeit bezeugen. Mein Mann hatte außerdem etwa 300 M. bei sich, wovon ich nur 11 M. zurückerhalten habe.

Frau Malou v. Hagen teilt uns mit: Am 8. März früh gegen 8 Uhr wurde mein Sohn auf Anordnung einer Roten-Kreuz-Schwelger, die in der Münzstraße bei den Unruhen tätig war, verhaftet und abgeführt. Die Schwelger soll angegeben haben, daß mein Sohn sich an dem Bau von Barrikaden beteiligt habe. Dies beruht nicht auf Wahrheit, mein Sohn hat sich in keiner Weise an dem Aufstand beteiligt. 8 Tage lang suchte ich nun vergebens nach meinem Jungen; auf dem Polizeipräsidium konnte ich keinerlei Auskunft über seinen Verbleib erhalten. Erst die Kommandantur schickte mich nach dem Leichenschauhause, wo ich meinen Jungen erschossen vorfand. Nach den äußeren Merkmalen muß er vorher schwer mißhandelt worden sein. Er hatte Verwundungen am Kopfe, die von einem Seitengewehr herührten, ferner Schnittwunden im Gesicht. Es hat sich nun ein Zeuge bei mir gemeldet, der bei der Mißhandlung meines Sohnes zugegen war. Bei der Protokollaufnahme im Polizei-Präsidium, wo dieser Zeuge zugegen war, kam zufällig der betr. Soldat, der meinen Jungen erschossen hat, herein und er wurde von meinem Zeugen wiedererkannt. Ich stellte deshalb an den Kommissar Bonner, der das Protokoll aufnahm, das Ersuchen, den Namen dieses Soldaten festzustellen. Das wurde brüskt abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß ich schon Nachricht bekommen würde.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen in der Metallindustrie gescheitert.

Der die Gehälter der Angestellten regelnde Einigungsanspruch vom 10. März war in den Betriebsversammlungen angenommen worden. Nachträglich gaben die Industriellen dem Spruch eine Auslegung, die an sich geringen Zugeständnisse fast ganz in Wegfall gebracht hätte. Die Angestellten lehnten diese Auslegung ab.

Stets auf eine friedliche Lösung bedacht, ersuchten die Angestellten die Arbeitgeber noch einmal um Verhandlungen, die bis zum 28. März zu Ende geführt sein sollten. Auch hierbei wieder auf eine friedliche Lösung bedacht, erklärten sich die Angestelltenvertreter trotzdem bereit, noch am 31. März zu verhandeln.

In dieser Sitzung hielten Arbeitgeber und Angestellte an ihrer gegenseitigen Auffassung des Schiedsspruches fest. Erst nach mehrstündiger Debatte verließen die Arbeitgeber ihren Standpunkt und boten als Äquivalent Zugeständnisse von 2 1/2 bis 7 1/2 Proz. Demgegenüber machten die Arbeitnehmer unter Preisgabe ihres bisherigen Standpunktes Gegenanträge, die von ihren Forderungen ebenfalls um etwa 2 bis 7 Proz. abwichen. Der Sprecher der Arbeitgeber erklärte hierauf kategorisch, daß weitere Verhandlungen zwecklos seien und hob die Sitzung auf.

Durch die monatelang resultarlos verlaufenen Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metall-Industrieller gewonnen, sind die Werkmeister der A. E. S. Apparatefabrik und der Gesamtwerte Henningsdorf zu dem Entschluß gekommen, mit dem heutigen Tage in den Streik zu treten. Die Nichtbewilligung der Forderungen ist um so unverständlicher, da es sich letzten Endes nur um Prozentzugeständnisse zu den Bedürfnissen der Arbeiter handelt. Durch dieses Signal ist es nicht ausgeschlossen, daß immer wieder durch Unnachgiebigkeit der Metall-Industriellen auch gegen die anderen Berufsgruppen (Kaufleute und Techniker) Berlin vor neuen großen, von der Gesamtkollegenchaft sicher nicht gewollten, Bewegungen steht.

Lohnbewegung der Buchhandlungsangestellten.

Am Sonntag, den 30. cr hatten der Angestellten-Verband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes und der Deutsche Transportarbeiterverband die Angestellten und Arbeiter im Groß-Berliner Buchhandel zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, in der zunächst Herr Dr. P. Hermann als Referent den versammelten Angestellten einen Kollektivvertrag unterbreitete und Erläuterungen dazu gab.

Da trotz verschiedener Lohnbewegungen im Groß-Berliner Buchhandel sehr viele Firmen noch geradezu skandalöse Löhne zahlen, sieht sich der Angestellten-Verband genötigt, derartige Zustände durch ein Abkommen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern radikal auszuräumen. Er macht daher den Angestellten für einen Kollektivvertrag folgende Vor schläge:

Die reine Arbeitszeit darf sieben Stunden täglich nicht überschreiten; außerdem ist den Angestellten wöchentlich ein freier Nachmittag ab 1 Uhr zu gewähren. Für Wochenangestellte fällt dieser auf den Sonnabend. Der Urlaub beträgt bei einjähriger Berufstätigkeit eine Woche, bei dreijähriger Berufstätigkeit zwei Wochen, bei fünfjähriger Berufstätigkeit drei Wochen, darüber hinausgehender Berufstätigkeit vier Wochen. Überstunden bis 9 Uhr müssen mit 50 Prozent, nach 9 Uhr mit 75 Prozent und Sonntag mit 100 Prozent vergütet werden. Überstunden dürfen nur in den dringendsten Fällen von den Angestellten gefordert werden, und durch die hohen Sätze hoffentlich bald ganz verschwinden.

Für die Lehrlinge fordert der Angestellten-Verband folgende Monatsgehälter: Im ersten Lehrjahre 80 Mark, im zweiten Lehrjahre 90 Mark, im dritten Lehrjahre 100 Mark; außerdem Zuschußzahlung während der Arbeitszeit. Um der Lehrlingszählerei einen Abriegel zu verschaffen, darf bei fünf Angestellten oder Gehilfen nur ein Lehrling eingestellt werden; auf jede weitere fünf Angestellten ein weiterer Lehrling. — Auch für die jugendlichen Angestellten verbessern sich die Lohnbedingungen. So erhalten Angestellte bis zum vollendeten 18. Lebensjahre monatlich 120 Mark, bis zum vollendeten 17. Lebensjahre monatlich 140 Mark usw.

Für alle Angestellten über 20 Jahre fordert der Angestellten-Verband Zugeständnisse auf die Monatsgehälter von Juli 1914, und zwar bei einem Gehalt von 100 Mark eine Steigerung um 250 Prozent, jedoch ein Mindesteinkommen von 276 Mark; bei einem Gehalt von 101—150 Mark 150 Prozent; bei einem Gehalt von 151—200 Mark 125 Prozent; bei einem Gehalt von

201—300 Mark 100 Prozent; bei einem Gehalt von 301—400 Mark und darüber 75 Prozent. In jeder der angeführten Stufen ist jedoch mindestens der Höchstlohn der vorherigen Stufe zu zahlen.

Kündigungsgeld ist für beide Teile, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, die gleiche sechs Wochen, zum Quartalsanfang.

Für Kleider- oder Entschuldigsgelder haben folgende Sätze zu gelten: Bei einem Monatsgehalt bis 300 Mark 200 Prozent; des Weibals, mindestens 500 Mark; bei 400 Mark 150 Prozent; bei 600 Mark 125 Prozent und darüber hinaus 100 Prozent. Der Höchstlohn beträgt 500 Mark. Verheiratete Angestellte erhalten zudem noch einen Zuschlag von 20 Prozent, und für jedes Kind 5 Prozent. Den Zuschlag von 20 Prozent können auch solche Angestellte beanspruchen, die einen Vater usw. vollkommen allein zu versorgen haben. Obige Sätze kommen für alle Angehörigen in Frage, die am 1. Dezember 1918 ein halbes Jahr im Geschäft waren. Spätere Eingetretene erhalten einen entsprechenden Zuschlag mindestens aber 400 M. Verheiratete Kriegsteilnehmer erhalten die gleichen Sätze; ledige Kriegsteilnehmer die Hälfte. Weihnachtsgrossifikationen oder sonstige Zuwendungen dürfen hierauf nicht angerechnet werden.

Sodann wurde noch die Frage der Angestellten-Ausschlüsse besprochen. Betriebe mit zehn Angestellten haben einen Ausschluß-Betrieb, die weniger als zehn Angestellte beschäftigen, eine Vertrauensperson zu wählen.

Vorstehender Vertrag soll mit dem 1. März 1919 in Kraft treten und bis zum 30. Juni 1919 abgeschlossen werden.

Als zweiter Redner ergriff Herrling vom Deutschen Transportarbeiterverband das Wort. Er teilte u. a. mit, daß sie bereit sind den Arbeitgeberverbänden in Verhandlungen zu treten, wenn diese aber erst warten müßten, bis die Angestellten im Groß-Berliner Buchhandel die Verhandlungen aufgenommen haben.

Anschließend hieran entspann sich eine rege Diskussion, in deren Verlauf eine Resolution einstimmig angenommen wurde, die sich mit den aufgestellten Forderungen einverstanden erklärt.

Verbandsgeneralversammlung der Gattler und Portefeulles.

Am Sonntag vormittag fand bei Böler die Fortsetzung der neunten Generalversammlung statt. Zunächst wurde die Besprechung des Jahresberichts fortgesetzt.

In der Diskussion wurde ein Antrag befürwortet, daß die Vorstandsmitglieder, die nicht auf dem Boden des Nützlichkeits stehen, zurücktreten sollen. Die Haltung der Gewerkschaften wurde kritisiert und betont, daß nur auf dem Boden der Politik der U. S. P. D. eine Einigung der Arbeiterschaft möglich ist. Eine Interessengemeinschaft zwischen Kapitalisten und Arbeitern ist nicht möglich. Die Ausführungen eines Redners, daß die Gewerkschaften den besten Rückhalt für die Räte darstellen, wurden mit schallender Heiterkeit aufgenommen. Der Vorsitzende der Berliner Sozialorganisation, Schulz, betonte, daß er auf dem Boden der Reichssozialisten stehe. Er wandte sich dagegen, daß für den Organisationsleiter die Mitgliedschaft der U. S. P. D. maßgebend sein soll.

Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme des Antrags der Ortsverwaltung, daß Todesanzeigen nicht mehr in der Tagespresse erfolgen sollen. Der Antrag, Verammlungsberichte nur noch in der „Freiheit“ anzugeben, wurde mit 231 gegen 222 Stimmen angenommen. Die Abhaltung einer Generalversammlung mit dem Thema „Nützlichkeits“ wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Einstimmig wurde die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf die alten Sätze gefordert. Der Protest gegen die Schreibweise der Verbandszeitung wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Eine Resolution, die den bürgerlichen und rechtssozialistischen Vertretern der preussischen Landesversammlung wegen ihrer Stellungnahme zum Nützlichkeits das Mitleiden auferlegt und alle Kraft auf Durchführung des Nützlichkeits einsetzt, sowie ein Zusammenarbeiten mit Kollegen ablehnt, die sich zu freiwilligen der Kasse-Garde ergeben und schließlich verlangt, daß der Besetzungszustand sofort aufgehoben sei, wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Zur Neuwahl der Ortsverwaltung führte Schulz aus, es müsse prinzipiell festgestellt werden, ob die bisherigen Grundlagen der Organisation noch bestehen bleiben sollen. Die Angestellten seien auf Grund von Verträgen angestellt, sie könnten also ohne weiteres nicht neu gewählt werden. Er für seine Person habe, um die Neuwahl zu ermöglichen, in der vorigen Versammlung seine Stellung gekündigt, eine Wiederwahl komme jedoch nicht in Frage. Die übrige Ortsverwaltung sei zum großen Teil aus den von den Berufsgruppen gewählten Branchenvertretern gebildet. Sollte jetzt von der Generalversammlung eine völlige Neuwahl der Ortsverwaltung stattfinden, dann müßte das Statut geändert werden. Es sei jedoch zu empfehlen, sofort die Neuwahl durch Branchenversammlungen vorzunehmen. Den Vorsitzendenposten möge man jedoch ausüben und durch eine Kommission die Bewerbungen prüfen und geeignete Vorschläge machen lassen. Es wurde mit 198 gegen 147 Stimmen beschlossen, den Kollegen Hauptmann und Meyer zu kündigen. Die Stellen sollen ausgeschrieben werden. Eine Kommission von sieben Mitgliedern erhielt entsprechende Aufträge.

Blumengeschäftsangestellte, Blumenbinder und -binderinnen!

Die Blumengeschäftsangestellten, die als Gruppe im Verband der Gärtner- und Gärtnerarbeiter organisiert sind, haben vor Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Verein der Berliner Blumengeschäftsinhaber. In diesem Vertrag soll die achtstündige Arbeitszeit, sowie die Entlohnung geregelt werden. In einer am Dienstag den 1. April 1919, abends 7 1/2 Uhr, im „Heinrichs“, Potsdamer Straße 8, stattfindenden Versammlung soll Beschluß über die Annahme dieses Vertrages faßt werden.

Eine schwere Aufgabe steht den Blumengeschäftsangestellten noch in der Erläuterung des vollständigen Sonntagstages bevor. Bekanntlich hat die Regierung am 1. April die vollständige Sonntagstages verfügt. Die Blumengeschäftsinhaber laufen gegen diese Verfügung Sturm und haben auch erreicht, daß den oberen Verwaltungsbehörden freigestellt ist, Ausnahmen zu gestatten. Dagegen müssen die Angestellten sich wehren. Denn auch die Blumengeschäftsangestellten haben den dringenden Wunsch, einen vollständig freien Tag in der Woche für sich und ihre Angehörigen zu haben. Sollten in dieser Beziehung die Behörden und die Arbeitgeber Schwierigkeiten machen, dann müssen die Angestellten sich den freien Sonntag, eventuell durch Arbeitsverweigerung am Sonntag, erkämpfen. Dazu gebt aber eine feste Organisation. Nur ein Teil der Angestellten ist erst freigewerkschaftlich organisiert; ein anderer Teil hat sich im christlichen Deutsche (nationalen) Gärtnerverband, der eine Filiale des christlichen Landarbeiterverbandes (Vorläufer der deutschen Nationalen Landarbeiterverbandes) ist, zusammengeschlossen.

Alle Blumengeschäftsangestellten werden darum dringend ersucht, sich der freigewerkschaftlichen Berufsorganisation anzuschließen. Auch die Arbeiterkassen bitten wir, in diesem Sinne auf ihre Mitglieder einzurwirken.

Gruppe der Blumengeschäftsangestellten im Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Berlin S 42, Luisen-Platz 1.

Bei den Arbeiterratswahlen in den gesamten Betrieben des Blumenzügers wurden gewählt: 33 Unabhängige, 30 Reichssozialisten und 5 Demokraten. Der Anfall der Wahl

